



# Fahrpreiserhöhung, nun auch in Freiburg!

Die Freiburger Stadtbürokratie und die bürgerlichen Parteien planen nun auch in Freiburg, wie schon in fast allen größeren Städten der BRD eine Erhöhung der Tarife im städtischen Nahverkehr um 20 - 30%. Für die Stadtbürokratie und die Parteien scheint dies schon abgemacht, im Haushaltsplan von 1972 sind schon jetzt 2 Mill. Mark Mehreinnahmen aus den Verkehrsbetrieben veranschlagt.

## Wen trifft diese Fahrpreiserhöhung?

Die Fahrpreiserhöhungen sind eine der vielen Preiserhöhungen der Kapitalisten und ihres Staates, die auf uns zukommen. Sie treffen uns, die wir in der Ausbildung besonders hart, da wir vor allem auf die öffentlichen Verkehrsmittel angewiesen sind. Aber auch die vielen Arbeiter und Angestellten, die morgens in überfüllten Straßenbahnen und Bussen zur Arbeit, und abends wieder heim oder zum Bahnhof fahren, sind auf die öffentlichen Verkehrsmittel angewiesen.

Von unserem Lehrlingsgehalt, das ohnehin viel zu niedrig ist, und nicht einmal das Existenzminimum sichert, bei dem die Eltern noch viel zuschießen müssen, sollen wir nun auch noch die erhöhten Fahrpreis bezahlen. Das bedeutet einen Angriff auf die Löhne der arbeitenden Bevölkerung.

In den Stoßzeiten können die öffentlichen Verkehrsmittel ihre Aufgaben kaum bewältigen. Für uns bedeutet das eine erhebliche Verkürzung unserer Freizeit, wenn es ewig dauert, bis die Busse durch die verstopften Straßen kommen. Das heißt, daß wir uns entschieden gegen die Verdünnung des Fahrplan wehren müssen.

## Die Ursache der Finanz misere der Städte

In der Haushaltsdebatte 1972 beklagte OB Keidel wortreich die Finanzmisere der Städte, und in der BZ stand neulich ein länger Bericht über die Verschuldung der Stadt Freiburg. Auf jeden Bewohner der Stadt Freiburg kommen über 1200 Mark Schulden. Warum können die Städte und Gemeinden ihre kommunalen Aufgaben wie Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser usw. nicht erfüllen?

r gesellschaftliche Bedürfnisse  
Interesse der arbeitenden Bevölkerung  
eibt im Kapitalismus immer weniger  
et, da die Sicherung der Profite der  
pitalisten) Inhalt der Politik ist.

der öffentliche Nahverkehr nicht aus-  
baut wird im Interesse der arbeitenden  
völkerung, sondern in eine profitab-  
rfende Aktiengesellschaft umgewandelt  
rden soll, wird des Verkehrs und  
e Verpestung der Luft witer zunehmen..  
ch in Freiburg sind einige Straßen-  
ge bereits heute nicht mehr bewohnbar.  
e Lärmbelastung und die Abkonzentration  
der Echholzstraße sind nachweislich  
her, als die von Sechserstädigen  
sgelegten Grenzen, die wie die Sech-  
rstädigen schreiben, "Menschen aus  
teren Schichten" zugemutet werden können.

tzt geht es nicht darum über die "Ver-  
antwortlosigkeit des Staates" zu jammern  
d Appelle an die Stadtverwaltung zu  
chten. Die 'Bürgerinitiative Roter  
kt' deren die Begründer die DKP, Jusos  
d ASTA sind, haben sich zum Ziel ge-  
etzt die Fahrpreiserhöhung zu verhindern.  
gliche politische Position sollen aus  
r 'Rote Punkt Aktion' RPA herausge-  
ssen werden, um die 'Bürger' nicht  
verschrecken.



in der 'Bürgerinitiative' jede politische  
skussion unterdrückt wird, ist auch  
cht verwunderlich, daß mittlerweile  
ch die DM (eine reaktive Studenten-  
genisation) und ein Mitglied der NPD  
der 'Bürgerinitiative' vertreten sind.  
d diese 'Bürger' wollen eine Reihe von  
Bnahmen vorbereiten: Flugblätter, Presse-  
klärungen, Versammlungen mit OB, Stdt-  
ten, Landtagsabgeordneten usw., 'GO  
' im Stadtrat, Unterschriftensammlung,  
hren zum Nulltarif, Blokierung der  
raßenbahnen, Aktion Roter Punkt.

Es wird hier die Illusion erzeugt,  
daß diese Fahrpreiserhöhung die  
doch letztlich ein Angriff auf die  
Löhne der Arbeiterklasse ist, durch  
den gemeinsamen Widerstand aller ~~XXXXX~~  
'Bürger' verhindert werden könnte. Das  
Genze soll auf eine Auseinandersetzung  
zwischen den 'Bürgern' und 'ihrer'  
Stadtverwaltung beschränkt werden.  
Die Kapitalistenklasse und ihre Interessen  
sollen schön brav draußenbleiben, um die  
Bürger nicht zu erschrecken.

Dabei werden die Erfahrungen der anderen  
Städte wie Hamburg, viele Städte des Ruhr-  
gebiets und zuletzt Stuttgart in denen  
die RPA Mißerfolge wurden und nichts wie  
Resignation und Hilflosigkeit zurück ge-  
lassen haben überhaupt nicht berücksichtigt.  
Schon rein organisatorisch wären eine  
RPA undurchführbar.

1. haben die meisten Fahrgäste Monats-  
fahrkarten, und paar Tage Boykott

würde für die Stadtverwaltung keine  
finanzielle Einbußen bedeuten.

2. Es ist unmöglich soviel Autos wie in  
den Hauptverkehrszeiten nötig sind zu be-  
schaffen.

3. Hat die Erfahrung in anderen Städten  
gezeigt, daß die Polizei Aktionen wie  
Straßenbesetzungen brutal niederschlug  
Wer wie die DKP und die Jusos die Vor-  
stellung verbreitet, dieser Staat oder  
diese Stadtverwaltung könne von den  
Profitinteressen des Kapitals unab-  
hängig macht, und in den Dienst ihrer  
'Bürger' gestellt werde, der verhindert  
jeden wirksamen Kampf für die Lebens-  
interessen der werktätigen Bevölkerung..

Wir müssen den Kampf von dort aus führen,  
wo wir am stärksten sind: von unseren  
Arbeitsplätze, von den Betrieben aus,  
wo wir nicht als x-beliebige Käufer,  
sondern als Verkäufer unserer Arbeits-  
kraft konzentriert sind; d.h. wir müssen  
als gewerkschaftlichen verstehen, und  
uns in den Gewerkschaftsjugendgruppen  
im solidarischen Kampf die Kapitalisten-  
klasse und ihren Staat bekämpfen. Von  
dieser Position aus müssen wir den Kampf  
gegen die Fahrpreiserhöhung, Umgründung  
der Stadtwerke, Fahrplanverdünnung,  
Preistreiberei und Lohnraub als Teil des  
Abwehrkampfes gegen die Kapitalisten  
und ihren Staat organisieren.

KOMMT IN DIE GEWERKSCHAFTSJUGENDGRUPPEN  
ODER SPRECHT MIT UNSEREN VERTEILERN ÜBER  
DIE BERUFSSCHULGRUPPEN DES KJB.

**GEGEN DIE ANGRIFFE DER KAPITALISTENKLASSE UND IHRES STAATES - DIE EINHEITLICHE  
KAMPFFRONT DER ARBEITERKLASSE  
WEHREN WIR UNS GEGEN LOHNDRÜCKEREI UND PREISTREIBEREI  
KEINE FAHRPREISERHÖHUNGEN -- GEGEN VERDÜNNUNG DER FAHRPLÄNE  
FÜR DEN AUSBAU DES ÖFFENTLICHEN NAHVERKEHRS IN DIE WOHNVIERTEL DER ARBEITENDEN  
BEVÖLKERUNG**

## Gegen die Interessen der Arbeiterklasse

Vor einer Woche ist ein Tarifvertrag für die Lehrlinge in der Metallindustrie abgeschlossen worden. Die Forderungen der Lehrlinge zielten auf eine Ausbildungsbeihilfe hin, die gewährleistet, daß man von den Eltern nicht mehr so stark abhängig ist.

Die jungen IG - Metall Mitglieder hatten in einer Jugendversammlung bei Daimler Benz (Sindelfingen) eine Forderung von 150 Mark aufgestellt. Der IG - Metall Ortsjugendausschuß Mannheim unterstützte diese Forderung mehrheitlich.

Die Gewerkschaftsführung drückt diese Forderung zuerst einmal auf 80 Mark herunter. Der Abschluß sah dann so aus:

- |                  |                |
|------------------|----------------|
| 1. - 3. Lehrjahr | 40,- Mark mehr |
| 4. Lehrjahr      | 45,- Mark mehr |

24 Tage Urlaub für die unter 18 Jahre
18 Tage Urlaub für die über 18 Jahre

Das Weihnachtsgeld wurde tariflich überhaupt noch nicht abgesichert, es soll erst in den nächsten Tagen ausgehandelt werden.

Viele Kollegen sind der Meinung: Wir haben früher viel weniger gekriegt, was Brauchen die Lehrlinge mehr Geld. Aber diese Meinung ist falsch, denn was die Lehrlinge vom Kapitalisten nicht kriegen, müssen die Eltern der Lehrlinge zahlen.

Ein Lehrling braucht soviel, daß er niemand auf der Tasche liegen muß; zur Zeit mindestens 500 Mark. Und 40 Mark brutto heißen, daß die Preissteigerungen nicht abgedeckt werden. Unsere Eltern werden durch diesen Abschluß noch mehr belastet als sie es schon sind. Sie müssen noch mehr vom Lohn anzocken, um unsere Lebensunterhalt zu sichern. Essen, Kleidung und Wohnen werden immer teurer, aber mit 40 Mark mehr können wir diese Dinge nicht bezahlen. Diese Sachen müssen weiterhin zum größten Teil unsere Eltern bezahlen.

DIE KAPITALISTEN VERSUCHEN AUF ALLEN EBENEN IHRE PROFITE ZU ERHALTEN UND ZU VERGRÖßERN; AUF KOSTEN DER ARBEITERKLASSE

Die Gewerkschaftsführung wird immer versuchen unsere Forderungen unterzubuttern. Der stellvertretende Bezirksvorsitzende Steinkühler (der unterschreibt immer die Tarifverträge) der auf der Konferenz des Mannheimer Ortsjugendausschusses dabei war, bezeichnete die Forderung unserer Kollegen bei Daimler schlicht als Provokation. Er erklärt, die Forderung noch 150,-DM mehr sei zu spät aufgestellt, um noch berücksichtigt zu werden. Das war im Oktober. Die Verträge wurden aber erst am 31.12.71 gekündigt.

Am Dienstag (25.1.72) fand in Freiburg eine Veranstaltung der Gewerkschaftsjugend statt. Die anwesenden Jugendlichen bezeichneten den Abschluß als viel zu gering. Man beschloß in Zukunft XXX Forderungen aufzustellen, die für alle Lehrlinge gleich sind und an den Lebenshaltungskosten orientiert sind.

Der Verlauf der Lehrlingstarifverhandlung zeigt, wie die abwiglerische SPD - Linie in den Gewerkschaften vertreten wird. Wie schon beim 7,5 % Abschluß führt auch in dieser Lehrlingstarifrunde die IG - Metallführung kein Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse, sondern zeigt sich bemüht, die SPD bei den Unternehmern nicht in Mißkredit zu bringen.



Die SPD als Partei des Kapitals ist be-  
 üßt, auch in Krisenzeiten, durch runter-  
halten der Löhne die Profite hochzuhalten.  
 Das Vertrauen, das immer noch Teile der  
 Arbeiterklasse in die SPD setzten, nutzt  
 diese aus für die Interessen des Kapitals.  
 Aber die 'Parteifreunde' in den Gewerk-  
 schaften versucht die SPD die Gewerk-  
 schaften diesem Ziel unterzu ordnen  
 und bekämpft damit die Forderungen der  
 Arbeiterklasse.



## Was können wir dagegen tun?

Der Kampf um die wirtschaftlichen  
 Interessen muß gemeinsam geführt  
 werden; denn es geht um die Interessen  
 der gesamten Arbeiterklasse. Wir  
 müssen in der Gewerkschaftsjugend  
 gegen die Politik der Sozialpartnerschaft  
 kämpfen und unsere Forderungen durchsetzen.  
 Wir können auf die Höhe der Forderungen  
 nur dann Einfluß nehmen,  
 wenn wir uns organisieren. Wir  
 müssen Tarifverhandlungen rechtzeitig  
 vorbereiten, um in die Verhandlungen  
 rechtzeitig eingreifen zu können.  
 Als Teil der Arbeiterklasse müssen wir  
 dazu beitragen, die Gewerkschaften  
 zu Kampforganisationen der Arbeiter-  
 klasse zu machen und die Politik  
 der Sozialpartnerschaft zu bekämpfen!

DARUM, REIN IN DIE GEWERKSCHAFTSJUGENDGRUPPEN!

## Sprecht mit den Verteilern!

Diskutiert mit uns die Zeitung, sagt, was ihr gut oder schlecht findet, berichtet  
 aus dem Betrieb und sagt, was in unsere Zeitung kommen sollte.

Wenn ihr weitere Exemplare der KJZ oder des Klassenkampf haben wollt,

# WENDET EUCH AN UNS

## SCHREIBT AN: POSTLAGER Nr. A016083

## Kommunistischer Jugendbund

Kontakt: D. Friedrich, Tel. 39720

